



22.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2023 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2024–2026

Budget de la Confédération 2023 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2024–2026

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Block 1 – Bloc 1

Beziehungen zum Ausland und Migration

Relations avec l'étranger et migration

Badertscher Christine (G, BE): Letzte Woche hat die Glückskette einen nationalen Solidaritätstag zugunsten der Bevölkerung am Horn von Afrika organisiert. Sie wissen alle: Nationale Solidaritätstage werden nur organisiert, wenn ein wirklich dringendes Bedürfnis vorhanden ist. Die Situation am Horn von Afrika ist tatsächlich äusserst dramatisch. Es ist für uns schlicht unvorstellbar, wie schlimm die Lage der Menschen in Äthiopien und Somalia ist. Besonders unfair ist, dass diese Situation eine direkte Auswirkung des Klimawandels ist, dass die Menschen dort jedoch – im Gegensatz zu uns – kaum etwas dazu beigetragen haben. Der gesamte afrikanische Kontinent ist nur für 4 Prozent der Treibhausgase verantwortlich.

Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 vor sieben Jahren waren wir noch nie weiter davon entfernt, das Sustainable Development Goal 2, "Kein Hunger", zu erreichen. Die Zahl der Menschen, die von Hunger betroffen sind, steigt rasant an. Insbesondere aufgrund des Klimawandels und der vielen Konflikte weltweit ist die Situation in diesem Bereich angespannt. Zudem hat der russische Angriffskrieg in der Ukraine zu Versorgungsproblemen in vielen Entwicklungsländern geführt. Auch die Schweiz muss deshalb ihre Verantwortung wahrnehmen.

Meine Minderheit beantragt, dass der für das Konto "Humanitäre Aktionen" vorgesehene Betrag um 50 Millionen Franken erhöht wird und dass diese zusätzlichen Mittel im Bereich der Ernährungssicherheit investiert werden. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist weltweit enorm hoch. Steigender Hunger, Armut und die sich verschärfende Klimakrise führen zu Fragilität, Gewalt und politischen Konflikten. Deshalb ist diese Erhöhung des Budgets kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft, in die Sicherheit der Welt.

AB 2022 N 1975 / BO 2022 N 1975

Ich spreche auch zu meiner zweiten Minderheit, welche eine Erhöhung der längerfristigen Mittel für die Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) verlangt. Für das Startjahr sollte das vorgesehene Budget von 1 Million Franken ausreichen. Mehr Mittel sind dagegen für die Finanzplanjahre 2024–2026 nötig. Deshalb beantragt meine Minderheit eine Erhöhung im Finanzplan für die Jahre 2024–2026 von 3 auf 9 Millionen Franken.





Im parlamentarischen Prozess war unbestritten, dass für die NMRI ein A-Status nach Pariser Prinzipien angestrebt werden muss. Doch ein unzureichender Haushalt kann eine NMRI unwirksam machen, und sie wird deshalb den A-Status nicht erreichen. Die NMRI müsste eigentlich von verschiedenen Departementen finanziert werden: Es geht um die Wahrung der Menschenrechte in der Schweiz, deshalb ist die NMRI eigentlich keine EDA-Aufgabe.

Nun ist beschlossen, dass das Budget im Rahmen des EDA abgewickelt wird. Es muss jedoch unbedingt verhindert werden, dass die Finanzierung der NMRI zulasten der Beiträge für die Menschenrechtsarbeit im Ausland geht. Auch deshalb ist die Erhöhung im Finanzplan wichtig. Mit der Erhöhung der Mittel kann die NMRI den erforderlichen Auf- und Ausbau für vier Jahre vornehmen, dazu qualifizierte und profilierte Fachpersonen gewinnen und so den gesetzlichen Auftrag erfüllen und den von uns geforderten A-Status erlangen.

Friedl Claudia (S, SG): Ich spreche zu meinen Minderheitsanträgen in Block 1. Es handelt sich dabei um zwei Themenbereiche, einerseits um die Erhöhung des Schweizer Beitrags für den Green Climate Fund, andererseits um eine Aufstockung der Winterhilfe für die Ukraine in den Jahren 2022 und 2023.

Zum Green Climate Fund: Am 20. November 2022 ist die 27. Klimakonferenz in Sharm el-Sheik zu Ende gegangen. Die Resultate der Konferenz befriedigen nicht, dies unter anderem, weil die Unterstützung der ärmsten Länder im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu wenig deutlich ausfiel. Das ist in Anbetracht der verheerenden Katastrophen, die durch den Klimawandel ausgelöst werden, gravierend. Schauen wir nach Pakistan, wo Niederschläge das halbe Land unter Wasser setzten und die Ernten vernichteten. Schauen wir an das Horn von Afrika, wo mittlerweile vier aufeinanderfolgende Regenzeiten ausgeblieben sind. Aufgrund der Dürre hungern 36 Millionen Menschen in Äthiopien, Somalia und Kenia – ohne jegliche Aussicht auf Besserung.

Nach der Pariser Konferenz 2015 wurden den armen Ländern jährlich zusätzliche 100 Milliarden Dollar Hilfgelder versprochen, um gegen den Klimawandel anzukämpfen. Der Bundesrat legte den Beitrag der Schweiz auf einen Betrag zwischen 450 und 600 Millionen Franken fest. Realistischerweise müsste hierfür rund 1 Milliarde Franken eingesetzt werden. Diese 450 bis 600 Millionen sind jedenfalls klar zu wenig; heute sind wir gar bei rund 411 Millionen Franken. Zudem sind das kaum zusätzliche Mittel, sondern solche, die in der internationalen Zusammenarbeit umgeschichtet worden sind.

Mit meinem Minderheitsantrag will ich nun, dass effektiv 50 Millionen Franken zusätzlich über den Green Climate Fund den ärmsten Ländern zur Verfügung gestellt werden. Das ist immer noch zu wenig, aber das ist ein erster richtiger Schritt. Die Bekämpfung der Auswirkungen der Klimakatastrophe dürfen wir ob all der anderen Herausforderungen nicht vernachlässigen, sonst sind noch mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Mein nächster Minderheitsantrag bezieht sich auf den Ukraine-Krieg. Der Bundesrat hat einen Aktionsplan Winterhilfe für die Ukraine von 100 Millionen Franken beschlossen. Damit sollen die Folgen des bevorstehenden Wintereinbruchs für die Menschen dort abgemildert werden. Insbesondere soll die dringliche Instandstellung der durch russische Bombardierungen zerstörten Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur, aber auch der Wasser- und Fernwärmenetze unterstützt werden.

Die Winterhilfe des Bundes soll noch dieses Jahr stattfinden und ist deshalb im Nachtrag II zum Voranschlag 2022 zu finden. Sie wird über das EDA und das SECO finanziert. Meine Minderheit schlägt eine Verdoppelung des Betrags für das Jahr 2022 auf 200 Millionen Franken vor, damit die Menschen in ihren Wohnungen bleiben können.

Es ist klar, dass die Winterhilfe und der Wiederaufbau auch nach dem 31. Dezember 2022 weitergehen müssen. Deshalb beantrage ich Ihnen in einem weiteren Minderheitsantrag, die Winterhilfe im Jahr 2023 weiterzuführen und mit zusätzlichen 90 Millionen Franken auszustatten, aufgeteilt auf EDA und SECO. Wir müssen leider davon ausgehen, dass dieses Geld auch in der zweiten Winterhälfte rasch gebraucht wird. Wir liefern keine Waffen, aber wir beteiligen uns an der humanitären Hilfe.

Ich danke Ihnen, wenn Sie meine Minderheitsanträge unterstützen.

Nicolet Jacques (V, VD): Alors non, vous n'avez pas d'illusion d'optique: M. Grin étant rapporteur de commission, je vais défendre l'ensemble de ses propositions de minorité.

Nous en sommes au Département fédéral des affaires étrangères et, comme je l'ai dit tout à l'heure dans la discussion d'entrée en matière sur le budget, notre groupe va s'atteler à défendre une série de propositions de réduction budgétaire, des réductions qui sont calibrées sur le budget 2022. En l'occurrence, la contribution suisse en faveur de certains pays membres de l'Union européenne passe de 3,8 millions de francs dans le budget 2022 à plus de 13 millions de francs dans le budget 2023. Nous appelons de nos vœux une limitation



de l'augmentation du budget de ce poste, qui est totalement justifiée vu les questions de précarité qui se posent et les budgets qui seront à l'avenir difficiles à tenir.

C'est faire preuve d'une certaine sagesse financière que de maintenir le montant du budget 2023 au niveau 2022, soit de procéder à une coupe de 9,7 millions de francs.

Guggisberg Lars (V, BE): Ich beantrage Ihnen, im gleichsam tiefroten Finanzplan – also nicht im Budget – Plafonierungen bei den Kreditpositionen "Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)", "Beiträge an multilaterale Organisationen", "Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" und "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" vorzunehmen. Wir möchten auch hier über ein Jahr Zeit geben, um entsprechende Anpassungen der Projekte vorzunehmen. Auch hier geht es uns darum, das Ausgabenwachstum zu drosseln. Die beantragten Beträge sind nicht einfach willkürlich gewählt; sie beziehen sich auf die Rechnung 2021, das heisst auf einen Zeitpunkt, in dem wir mitten in der Covid-Pandemie waren.

Auch jetzt sollten wir das Gesamtbild, also das Gesamtbudget des Bundes, nicht aus den Augen verlieren und ebenso wenig die Tatsache, dass die Zahlen unseres Aufgaben- und Finanzplans tiefrot aussehen. Es kann nicht sein, dass wir praktisch bei jeder Position immer mehr Ausgaben bewilligen. Wir müssen wieder Boden unter die Füße bekommen, und momentan, ich habe es bei meinen einleitenden Ausführungen erwähnt, befinden wir uns im freien Fall. Ausgabenanpassungen sind unumgänglich, sonst können wir die bewährte Schuldenbremse nicht mehr einhalten.

Im Austausch mit der Verwaltung wird immer wieder erwähnt, dieser oder jener Antrag werde jetzt gerade zu einem ganz ungünstigen Zeitpunkt gestellt. Aber seien wir doch ehrlich: Der Zeitpunkt ist immer ungünstig; man findet immer Gründe, warum bei einer bestimmten Verwaltungseinheit wieder mehr Geld ausgegeben werden soll. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Verwaltungseinheiten ihr "Gärtli" um jeden Preis verteidigen wollen. Es fehlt eine Gesamtsicht; die Verwaltungseinheiten verharren in ihrem "Gärtli-Denken". Jedes Departement hat Massnahmen zu treffen, um zumindest das Ausgabenwachstum nicht noch weiter ansteigen zu lassen.

Ich bin überzeugt, dass mit den von uns beantragten Beträgen im Umfang von total über 1,3 Milliarden Franken für die erwähnten Bereiche schon sehr viel bewirkt werden kann. Besten Dank für die Unterstützung.

Wettstein Felix (G, SO): Die Geschichte zu diesem Minderheitsantrag II ist schnell erzählt, sie ist aber deswegen nicht weniger wichtig. Es geht um die Beiträge des EDA an

AB 2022 N 1976 / BO 2022 N 1976

multinationale Organisationen, konkret um die Erhöhung des Beitrags zugunsten des Green Climate Fund. Claudia Friedl hat vor wenigen Minuten ihren Antrag auf Erhöhung dieses Beitrags um 50 Millionen Franken für das vor uns liegende Jahr begründet. Mit meinem Antrag möchte ich nun, dass dieses Zusatzengagement nicht nur für ein Jahr gilt, sondern für die Folgejahre 2024 bis 2026 anhält.

Wie ich bereits im Eintretensvotum erwähnt habe, ist der Bedarf an internationaler Klimaschutzfinanzierung gross und noch lange nicht gedeckt. Unser Land erreicht bisher nur rund die Hälfte dessen, was man eigentlich gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft versprochen hat. Ich weiss, 50 Millionen Franken sind viel, aber wir müssen es in den Relationen sehen. Mit dem Antrag von Frau Friedl für 2023 und meinem Antrag für die Jahre 2024 bis 2026 tasten wir uns nur ein wenig an das Ziel von 1 Milliarde Franken heran.

Die Beiträge an den Green Climate Fund müssen wir als Versicherungsbeitrag verstehen. Die Fondsgelder kommen in allererster Linie jenen Ländern und Weltgegenden zugute, die von den Folgen des Klimawandels viel stärker und viel elementarer bedroht sind als wir: von Hitzewellen, Dürren, Starkniederschlägen mit grossflächigen Überschwemmungen, vom Ansteigen des Meeresspiegels. Selbst wenn wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen, wird es diese Auswirkungen geben. Darum braucht es Schutzmassnahmen. Wenn sich diese nicht ausreichend finanzieren lassen, dann wird es grosse weltweite Migrationsbewegungen geben. Genau deswegen ist unser Engagement ein Versicherungsbeitrag.

Ich bitte Sie, meine Minderheit II zu unterstützen.

Fischer Benjamin (V, ZH): Wir stellen Ihnen zwei Anträge zum Staatssekretariat für Migration (SEM), einen im Voranschlag 2023 und den zweiten im Nachtrag II zum Voranschlag 2022. Verschiedene Votantinnen und Votanten und natürlich auch der Herr Bundesrat haben es bereits gesagt: Wir befinden uns in einer finanzpolitisch sehr schwierigen Situation. Wir schreiben tiefer Zahlen, aber dennoch sehe ich hier drin wenig vom Willen zur finanzpolitischen Vernunft. Wir versuchen mit diesen Anträgen, hier unseren Beitrag zu leisten, auch wenn wir aus der Kommission ja wissen, wie die Mehrheit das beurteilt.

Es ist schon interessant, dass Sie die Aufstockung des Armeebudgets heranziehen. Das VBS ist das einzige



Departement, das in den letzten Jahren immer vernachlässigt wurde und wo wir jetzt eben sehr viele Aufgaben nachzuholen haben. Sparen müssen wir dort, wo wir bereits extrem grosszügig sind. Kollege Mike Egger hat die Grössenordnungen genannt: Der Bund wird in diesem Jahr über 1 Milliarde Franken alleine im Zusammenhang mit dem Status S ausgeben. Was den Asylbereich betrifft, stelle ich hier drin aber auch aufseiten der Verwaltung eine gefährliche "Koste es, was es wolle"-Mentalität fest. Das ist gefährlich. Auch in ausserordentlichen Lagen – und ja, wir befinden uns in einer ausserordentlichen Lage, wieder einmal – darf man das Augenmass nicht verlieren.

Die SVP-Fraktion stellt Ihnen zwei Minderheitsanträge bezüglich der Integrationsmassnahmen:

Erstens verlangen wir im Voranschlag 2023 eine Deckelung auf 500 Millionen Franken, was einer Verbesserung des Budgets um rund 81 Millionen entspricht. Der Mehraufwand im Vergleich zum Voranschlag 2022 beträgt 347 Millionen. Im Entwurf des Bundesrates erhöht sich der Betrag also vom Voranschlag 2022 zum Voranschlag 2023 um 347 Millionen, dies natürlich insbesondere aufgrund der 300 Millionen für das Programm "Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S" und aufgrund des gerechneten Mehrbedarfs von 54 Millionen Franken im Asylbereich wegen der höheren Anzahl von Asylgesuchten und der höheren Bleibequote. Hier muss das SEM seine Hausaufgaben machen und die Kosten reduzieren.

Zweitens stellen wir einen Minderheitsantrag im Nachtrag II zum Voranschlag 2022: Es wird davon ausgegangen, dass eben aufgrund der höheren Anzahl von Asylverfahren auch ein sehr viel höherer Personalbestand nötig ist. Insgesamt werden Nachtragskredite von 1,2 Milliarden Franken beantragt, davon 1,1 Milliarden für das Verfahren für den Schutzstatus S und 71,7 Millionen für das Asylverfahren.

Wir stellen den Minderheitsantrag für den Teil des höheren Eigenaufwands des Bundes. Dort hat die Finanzdelegation einen Vorschuss von 69 Millionen Franken bewilligt. Wir beantragen Ihnen nun, den dringlichen Nachtrag der Finanzdelegation bei den Integrationsmassnahmen zu kompensieren, was einer Reduktion um 69 Millionen Franken bei den Integrationsmassnahmen entspricht.

Namens der SVP-Fraktion rufe ich Sie zu einer vernünftigen Finanzpolitik auf und bitte Sie, diese Minderheitsanträge zu unterstützen.

Friedl Claudia (S, SG): Im ersten Block geht es um die Beziehungen zum Ausland, die internationale Zusammenarbeit mit den Staaten in Osteuropa, die Entwicklungszusammenarbeit, die humanitäre Hilfe sowie die Migration. Instabile Machtverhältnisse und gewaltsame Konflikte, zerstörte Umwelt und klimatische Risiken prägen die Lebensumstände vieler Menschen. 100 Millionen Menschen sind Vertriebene, 830 Millionen Menschen hungern. Hungerkrise, Klimakrise und Sicherheitskrise – sie führen zu Flucht und Migration. Das betrifft auch uns. Im Vergleich zu anderen Industrieländern belegt die Schweiz keinen Spitzenplatz, wenn es um den Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen im Verhältnis zu ihrer Finanzkraft geht.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Minderheitsanträge Friedl Claudia. Der erste beinhaltet eine moderate Erhöhung des Beitrags zum internationalen Klimaschutz um 50 Millionen Franken. Wir wissen, dass es deutlich mehr bräuchte. Jetzt haben wir diese 50 Millionen Franken und einen anderen Minderheitsantrag auf dem Tisch, den wir auch unterstützen werden. Die Verdoppelung der Winterhilfe für die Ukraine, ich habe es vorhin ausgeführt, ist ebenfalls ein Minderheitsantrag, den wir unterstützen werden. Die SP-Fraktion unterstützt auch die Minderheit II (Wettstein), die den Betrag von 50 Millionen Franken für den Klimaschutz im Finanzplan in den nächsten drei Jahren fortführen will.

Die SP-Fraktion unterstützt ferner die beiden Minderheitsanträge Badertscher: einerseits die Erhöhung des Beitrags für humanitäre Aktionen um 50 Millionen Franken für die Ernährungssicherheit, andererseits die Erhöhung des Zahlungsrahmens für die neue Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI). Lassen Sie mich dazu einige Ausführungen machen. Die NMRI soll nächstes Jahr aufgebaut werden und die provisorische Struktur von heute ablösen. Damit wäre die Schweiz international endlich auf Augenhöhe mit anderen Staaten. Das Budget wurde nun auf 1 Million Franken jährlich beschränkt, obwohl es einen schrittweisen Ausbau geben soll. Die Schweiz erfüllt damit kaum die Voraussetzungen für einen A-Status. Für die SP-Fraktion ist das ein Rückschritt betreffend das humanitäre Image der Schweiz. Wir werden daher einer schrittweisen Erhöhung beim Budget für die NMRI von 1 Million auf 4 Millionen Franken zustimmen.

Unverständlich ist für uns der Antrag der Minderheit Grin, der eine drastische Kürzung des Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten verlangt. Das steht diametral zu den Bemühungen der Schweiz um eine Verbesserung des Verhältnisses zur EU und zeugt von absoluter Kurzsichtigkeit.

Genauso klar lehnt die SP-Fraktion die Minderheitsanträge Guggisberg ab, die alle zum Ziel haben, unser Verhältnis zum Ausland zu schwächen und uns dazu zu bringen, uns vor den globalen Herausforderungen zu drücken, und das bei der Schweiz als einem der reichsten Länder der Welt. Die Anträge verlangen, dass bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, den multilateralen Organisationen und der Entwicklungszusam-



menarbeit für die Länder des Ostens die Kredite 2024 um bis zu 15 Prozent gekürzt und dann eingefroren werden. Bei einer kurzsichtigen Politik machen wir nicht mit.

Zum Schluss noch zu den Minderheitsanträgen Fischer Benjamin, die das SEM betreffen: Ja, man kann schon einfach die Augen vor der Realität verschliessen, dem SEM die notwendigen Ressourcen für die Bewältigung der stark angestiegenen Anzahl Asylgesuche verweigern und dann noch die Integrationsmassnahmen für Ausländerinnen und Ausländer um

AB 2022 N 1977 / BO 2022 N 1977

80 Millionen Franken kürzen. Mit einer Vogel-Strauss-Methode meistert man keine Herausforderung. Es ist klar, dass die SP-Fraktion diese Minderheitsanträge ablehnt.

Wir lehnen auch die Umlagerung der Beiträge an Kantone für die Ukraine-Flüchtlinge von den ausserordentlichen zu den ordentlichen Krediten im SEM klar ab.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Dans ce premier bloc, "Relations avec l'étranger et migration", le groupe libéral-radical suivra partout la majorité de la commission, et je vous invite à en faire de même.

Avec le budget 2023, nous pouvons dire que nous sommes dans une phase de calme avant la tempête, une tempête qui va exiger, dès le budget 2024, que nous fixions des priorités, réduisions la voilure afin de ne pas chavirer et de respecter le frein à l'endettement, un instrument de gestion important aux yeux du groupe libéral-radical. Je préciserai également en introduction que, dans le cadre de nos relations avec l'étranger, nous devons tenir compte des programmes en cours de réalisation et éviter ainsi des "stop and go". C'est pourquoi le groupe libéral-radical combattra non seulement toute augmentation des montants mais aussi toutes les coupes proposées; ceci vaut également pour les propositions individuelles déposées dans le bloc 1.

En ce qui concerne l'Ukraine et plus particulièrement sa reconstruction, le Conseil fédéral vient de débloquent 100 millions de francs pour apporter son aide, en particulier dans le domaine de l'énergie, car de nombreuses installations ont été endommagées et doivent être au plus vite reconstruites. Avec ces 100 millions de francs, la Suisse apporte sa pierre à l'édifice. Une augmentation des montants, comme cela est proposé par la minorité Badertscher à la position budgétaire "Actions humanitaires" ou par les minorités Friedl Claudia aux positions budgétaires "Contributions à des organisations multilatérales" et "Coopération au développement, pays de l'Est" ne sera pas soutenue par le groupe libéral-radical. En effet, nous sommes d'avis, ces 100 millions de francs venant d'être décidés, qu'il faut dans un premier temps attendre le déploiement de ces mesures avant d'allouer d'autres montants. Il faut aussi prendre en considération nos finances fédérales qui ne sont pas, comme cela a été relevé précédemment, au beau fixe et qui, dès 2024, nécessiteront la fixation de priorités, voire des coupes budgétaires.

Le groupe libéral-radical ne soutiendra pas non plus la proposition de la minorité Grin de réduire la position "Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres de l'UE", car nous ne voulons pas avoir de "stop and go" dans le déploiement de programmes en cours à l'étranger, comme je l'ai mentionné tout à l'heure.

En ce qui concerne l'Institution nationale des droits de l'homme, la majorité du groupe libéral-radical soutiendra la version du Conseil fédéral et rejettera la proposition de la minorité Badertscher. En effet, les 4 millions de francs prévus pour la période 2023–2026 sont selon nous suffisants et nous refuserons de porter ce montant à 10 millions de francs, soit d'augmenter annuellement le montant actuel de 1,5 million. Cela reviendrait à plus que doubler le montant prévu.

Dans le cadre du plan financier pour les années 2024 à 2026, je vous invite à rejeter toutes les minorités Guggisberg ainsi que la minorité Wettstein qui veulent soit réduire, soit augmenter les montants alloués sur le plan de nos relations avec l'étranger. Avant de faire des propositions de réduction ou d'augmentation, nous devons attendre les décisions du Conseil fédéral, qu'il devrait prendre tout au début de l'année prochaine, au sujet des priorités à fixer, des coupes budgétaires éventuelles à effectuer pour pouvoir, dès 2024, continuer à avoir un budget équilibré et ainsi respecter le frein à l'endettement.

En ce qui concerne le Secrétariat d'Etat aux migrations, je vous invite, au nom du groupe libéral-radical, à rejeter la minorité Fischer Benjamin qui veut réduire de 81 millions de francs le montant consacré aux mesures d'intégration des étrangers dans le budget 2023 et à rejeter la même minorité qui propose de réduire de 69 millions de francs le supplément II. Il sied de rappeler à ce sujet que le nombre de demandeurs d'asile augmente, en particulier en provenance d'Ukraine; pour l'avenir, tout dépendra également de la durée de ce conflit. N'oublions pas non plus que, selon nos bases légales, les cantons ont droit à un dédommagement fixe par demandeur d'asile, des dédommagements que nous devons, selon notre législation, respecter.

La proposition du groupe UDC de faire passer les 1,7 milliard de francs du poste "Ukraine: contributions aux cantons" d'extraordinaires à ordinaires aurait un impact significatif, en particulier dans le domaine de la



formation, de la recherche et de l'innovation. Je vous invite par conséquent à la rejeter.

Dans le cadre du SECO, la proposition de la minorité Friedl Claudia d'augmenter de 30 millions de francs le poste "Coopération économique au développement, pays de l'Est" et la proposition de la minorité Guggisberg de réduire cette aide seront toutes deux combattues par le groupe libéral-radical pour les raisons évoquées tout à l'heure.

Badertscher Christine (G, BE): Ich kann es kurz machen. Die grüne Fraktion wird in diesem Block alle Kürzungsanträge ablehnen und allen Anträgen auf Erhöhung des Budgets zustimmen. Gerne mache ich zu einzelnen Budgetposten dennoch einige Erläuterungen.

Bei der Budgetposition "Humanitäre Hilfe" fordert meine Minderheit eine Erhöhung um 50 Millionen Franken zugunsten der Ernährungssicherheit; das habe ich vorhin bei der Begründung meiner Minderheitsanträge erläutert. Humanitäre Hilfe ist zwar kurzfristig gedacht, aber derzeit ist sie vielerorts dringend nötig. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir uns auch längerfristig engagieren, wie das die DEZA im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die Verbesserung der Ernährungssysteme in den Entwicklungsländern erfolgreich tut. Doch ohne eine Erhöhung der Mittel sind dieses wie auch weitere Ziele der IZA-Strategie gefährdet, wenn im Falle dringender Hilfen Kompensationen über andere Kredite erfolgen müssen. Das darf nicht unsere Absicht sein. Schliesslich haben wir die Strategie für die internationale Zusammenarbeit in diesem Rat gutgeheissen.

Ein angemessener Beitrag der Schweiz an die Entwicklungszusammenarbeit ist wichtiger denn je. Seit 2020 hat die Armut wieder stark zugenommen. Allein durch die Auswirkungen der Covid-Pandemie wurden zusätzlich etwa 70 Millionen Menschen in die extreme Armut gedrängt. Der Index der menschlichen Entwicklung ist zum ersten Mal in 32 Jahren während zwei Jahren in Folge gesunken und liegt nun auf dem Niveau von 2016. Das zweite grosse Thema in diesem Block ist die Unterstützung der Ukraine. Die grüne Fraktion ist sehr froh, dass der Bundesrat einen Nachtragskredit von 100 Millionen Franken für das Jahr 2022 beantragt. Das Geld ist dringend notwendig. Mit dem kommenden Winter steht den Menschen in der Ukraine unvorstellbares Leid bevor. Wir können es uns schlicht nicht vorstellen, was es bedeutet, ohne Strom und ohne Heizung zu leben – in einem Land, wo es im Winter um einiges kälter wird als in der Schweiz. Die Schweiz ist für die Ukraine von jeher eine verlässliche Partnerin. Mittlerweile sind wir aber in der Rangliste der Geberländer weit nach unten gerutscht. Umso wichtiger ist es, jetzt ein neuerliches Zeichen zu setzen und zusätzliche Mittel zu sprechen.

Das dritte Thema in diesem Block ist die internationale Klimafinanzierung. Mehrere Minderheiten fordern eine Aufstockung der Mittel. Die grüne Fraktion unterstützt diese Minderheiten unbedingt, denn der Klimawandel hört nicht an den Schweizer Grenzen auf. Es reicht nicht, Solaranlagen in den Alpen zu bauen, es braucht auch einen fairen Beitrag an den Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen weltweit, insbesondere in den ärmsten Ländern. Denn wenn sich ärmere Weltregionen nicht genügend an den Klimawandel anpassen können, drohen noch mehr Konflikte um Wasser und fruchtbares Land, es drohen Hungersnöte und Vertreibungen.

Der Klimawandel führt immer mehr und bereits heute zu enormen Schäden. Am Horn von Afrika sind aktuell Millionen von Menschen von Dürren betroffen. In Pakistan haben Überflutungen eine grosse humanitäre Krise ausgelöst. Verschiedene Studien zeigen zudem eine klare Korrelation zwischen der voranschreitenden Klimakrise und politischer Instabilität, Krieg und Extremismus.

AB 2022 N 1978 / BO 2022 N 1978

Die Investitionen in die humanitäre Hilfe und in die internationale Klimafinanzierung sind kein überflüssiger Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft, in die Sicherheit dieser Welt.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, jeweils den Minderheiten Grin, Guggisberg und Fischer Benjamin zu folgen und ansonsten der Mehrheit.

Es geht bei den Minderheitsanträgen Grin, Guggisberg und Fischer Benjamin darum, das Ausgabenwachstum zu bremsen. Wir sind einmal mehr daran, den Pfad der finanzpolitischen Disziplin zu verlassen. Wir sind einmal mehr daran, die Schuldenbremse auszuhebeln, indem wir ordentliche Ausgaben einfach als ausserordentlich qualifizieren und deklarieren. Meine Damen und Herren, so schwächen wir unsere Finanzpolitik! Und wer sie schwächt, der kann sich eines Tages auch nicht mehr für die Schwachen einsetzen.

Warum haben wir heute Spielraum? Weil wir uns in den letzten fünfzehn Jahren an die finanzpolitische Disziplin gehalten haben und Schulden abbauen konnten. Deshalb konnten wir die ausserordentlichen Covid-19-Kredite verkraften. Mehr lässt es nicht mehr zu. Long Covid wird jetzt offenbar plötzlich zu einer "Long finance"-Strategie. Das heisst, 2020 haben wir gesagt, dass wir in dieser Covid-19-Situation Aufwände machen, die wir ausserordentlich verbuchen. Wir haben in diesem Saal gesagt – und viele haben das gesagt, nicht nur die SVP –, dass das ein Einzelfall bleiben soll. Diese ausserordentlichen Verbuchungen sollen ein Einzelfall



bleiben. Mittlerweile ist das Thema Energie hinzugekommen, sie ist schon der zweite Fall, und die Migration ist der dritte Fall, wo ausserordentliche Verbuchungen stattfinden. Ausserordentlich verbuchen heisst aber, die Bundesverfassung, das Finanzhaushaltsgesetz und konkret den Willen des Volkes nicht umzusetzen.

Einfach ausserordentlich zu verbuchen, damit wir schuldenbremsenkonform sind – da macht die SVP-Fraktion schlichtweg nicht mit. Stellen Sie zuerst einen Antrag, führen wir zuerst eine Volksabstimmung durch, um die Schuldenbremse wieder aufzuheben, wenn Sie das wollen. Aber dieser Schritt muss zuerst gemacht werden. Wir haben uns an die Bundesverfassung, an den Willen des Volkes zu halten.

Zudem kommt vielleicht bald noch die Verteidigung mit Kreditbegehren, weil wir, die Mehrheit im Saal, beim Entwicklungsschritt 2008–2011 die Anträge nicht unterstützt haben, bei denen es um die Vollausrüstung für unsere Armeeangehörigen ging. Die Annahme dieser Anträge haben wir verpasst, und Sie können sich selbst fragen, wer das verpasst hat.

Ich komme zum Einzelantrag der SVP-Fraktion, bei dem es um die Frage der ausserordentlichen Verbuchung geht. Wir wollen nicht, dass die 1,7 Milliarden Franken bei der Position "Ukraine: Beiträge an Kantone", ausserordentlich verbucht werden. Als der Bundesrat den Schutzstatus S ausrief, haben er und die Mehrheit des Parlamentes gesagt, das sei kurzfristig, man müsse sehr schnell wieder in den Normalstatus gehen, d. h., dass dann eben auch die Ukrainer das Asylverfahren durchlaufen. Man hat das so ausgerufen, es sei kurzfristig und das Ziel sei, dass die Ukrainer möglichst schnell wieder zurückkehrten. Jetzt nach dieser damaligen Fehleinschätzung zu sagen, der Betrag sei aussergewöhnlich und nicht mehr steuerbar: Eine Fehleinschätzung ist und bleibt eine Fehleinschätzung. Die Entwicklung war voraussehbar. Jeder, der auf der Welt hinschaut, weiss, dass ein Krieg immer länger dauert als gedacht. Jetzt zu sagen, wir hätten eine Fehleinschätzung gemacht, deshalb müssten wir ausserordentlich verbuchen und die Entwicklung sei nicht voraussehbar, ist eine Umgehung der Schuldenbremse und Lug und Trug gegenüber der Bevölkerung.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Einzelantrag der SVP-Fraktion und den Minderheitsanträgen Grin, Guggisberg und Fischer Benjamin zuzustimmen.

Siegenthaler Heinz (M-E, BE): Herr Kollege Schwander, ich habe eine Frage zu Ihrem Einzelantrag. Würde man die 1,7 Milliarden Franken ordentlich verbuchen, hätte das Sparmassnahmen in der gleichen Grössenordnung zur Folge. Gleichzeitig haben Sie im Budgetprozess rund zwanzig Anträge mit Sparmassnahmen in der Höhe von rund 200 Millionen Franken gestellt. Meine Frage: Ist das kumulativ gemeint? Wären Ihre anderen Sparanträge zu diesen 1,7 Milliarden Franken hinzuzuzählen?

Schwander Pirmin (V, SZ): Herr Kollege, eigentlich haben wir in der Finanzkommission Anträge auf Ausgabenreduktionen von über 1 Milliarde Franken gestellt. Es geht nicht um Sparanträge, begreifen Sie das endlich! Die SVP-Fraktion stellt Anträge, um das Ausgabenwachstum zu reduzieren. Wir sparen nicht. Sparen heisst, weniger als im Vorjahr auszugeben. Aber die Ausgaben wachsen ja überall. Wir wollen das Wachstum entsprechend reduzieren. Wenn wir das Wachstum mit all diesen Anträgen, die wir in der Finanzkommission gestellt haben, reduzieren würden und Sie diesen zugestimmt hätten, würde es für diese 1,7 Milliarden Franken Platz haben.

Fischer Roland (GL, LU): Die Grünliberalen haben sich stets für eine angemessene und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schweiz entsprechende Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Dazu gehört die Erhöhung der finanziellen Mittel gemäss internationalen Standards, wie z. B. die Erhöhung des Anteils der finanziellen Mittel auf den von der UNO geforderten Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Schweiz erreicht diese Quote nach wie vor nicht. Ausserdem müssen wir beachten, dass es leider immer noch einen Krieg in Europa gibt. Russland führt einen beispiellosen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die sich unter anderem dank westlicher Unterstützung tapfer hält – im Kampf für die europäischen Grundwerte, für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Die Ukraine braucht deshalb unsere Unterstützung. Als neutrales Land können wir jedoch keine militärische Hilfe leisten. Umso mehr sind wir in der Pflicht, mit Massnahmen im humanitären Bereich das Möglichste zu tun und beim Wiederaufbau zu helfen. Das gilt sowohl für die Soforthilfe jetzt im Winter als auch für die Unterstützung des Wiederaufbaus. Das sind die wesentlichen Gründe, weshalb wir Grünliberalen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe die Kommissionsminderheiten unterstützen.

Ich komme zu den Details. Zuerst zum Nachtrag II zum Voranschlag 2022: Hier verlangen die Minderheiten Friedl Claudia und Badertscher eine Verdoppelung der Winterhilfe, also eine Erhöhung des Kredits für humanitäre Aktionen und des Kredits für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Ostens. Wir unterstützen die Anträge auf Verdoppelung der Winterhilfe. Die Kredite sind spezifisch auf die Unterstützung der Energieinfrastruktur und auf die Bewältigung der Folgen ihrer Zerstörung ausgerichtet. In ihrer Basisversi-



on wurden sie nicht zuletzt durch unsere abtretende Nationalratspräsidentin initiiert. Das ist eine Antwort auf die dramatische Situation in der Ukraine, wo die Energieinfrastruktur systematisch durch russische Angriffe zerstört wird.

Ich bitte Sie, insbesondere auch die Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Seite, dieser Erhöhung für einmal zuzustimmen. Wie bereits gesagt, wir können keine militärische Unterstützung leisten. Umso mehr ist die Soforthilfe für die Energieversorgung gerechtfertigt, damit die Menschen in der Ukraine besser durch den Winter kommen. Die solidarische Aufstockung der humanitären Mittel hat in diesem Jahr im Ausgabenplafond der Schuldenbremse gut Platz. Zeigen Sie also hier etwas Herz.

Ich komme zum Voranschlag 2023 und zum Finanzplan für die folgenden Jahre. Beim EDA und beim SECO unterstützen wir die Minderheitsanträge Badertscher, Friedl Claudia und Wettstein. Ich habe die Gründe in meinen einleitenden Worten genannt. Die beantragten Aufstockungen stehen mit Ausnahme der zusätzlichen Mittel für die Menschenrechtsinstitution in direktem Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der Klimakrise. Sie sind also ein Ausdruck der solidarischen Schweiz, in der Krise unsere guten Möglichkeiten so gut, wie es eben geht, auszuschöpfen.

Die Minderheitsanträge Guggisberg lehnen wir hingegen ab. Es geht hier um Plafonierungen im Finanzplan auf tiefem

AB 2022 N 1979 / BO 2022 N 1979

Niveau. Das bedeutet dann schlussendlich in Zeiten der Inflation einen realen Rückgang. Dies widerspricht unseren Zielen.

Was wir allerdings ebenfalls ablehnen, sind die Einzelanträge Pasquier-Eichenberger. Wir haben inhaltlich schon eine gewisse Sympathie für die Aufstockungen in diesem Bereich, aber das sind Anträge mit finanziellen Konsequenzen von mehr als 500 Millionen Franken. Das ist mit den Vorgaben der Schuldenbremse für das nächste Jahr nicht vereinbar. Deswegen lehnen wir diese Anträge ab.

Ich möchte noch ganz kurz auf die Frage der ausserordentlichen bzw. ordentlichen Verbuchung der Ausgaben für die Schutzbedürftigen zu sprechen kommen. Der Krieg ist ein aussergewöhnliches Ereignis. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass wir diese Ausgaben ausserordentlich verbuchen. Wir wollen ja nicht, dass diese Situation, dieser Kriegszustand ein Dauerzustand ist. Die Schuldenbremse ist auf eine Verstetigung ausgerichtet. Solche Sonderereignisse, solche tragischen Ereignisse sind ausserordentlich, sind unvorhersehbar. Wir wollen auch nicht, dass sie in Zukunft weiterbestehen. Deswegen ist es gerechtfertigt, sie hier ausserordentlich zu verbuchen. Denken Sie daran: Auch ausserordentliche Ausgaben müssen in der Zukunft ja dann irgendwann abgebaut werden.

Siegenthaler Heinz (M-E, BE): In diesem Block werden achtzehn Minderheitsanträge gestellt. Davon beinhaltet etwa die eine Hälfte Aufstockungen und die andere Hälfte Kürzungen. Die Mitte wird sich an die Mehrheit der Finanzkommission halten und alle diese Anträge mit Ausnahme der Nachmeldung des Bundesrates ablehnen.

Das Hauptthema in diesem Block – Sie haben es schon gehört – sind humanitäre Aktionen und die Entwicklungszusammenarbeit. Der Hauptpunkt ist die Hilfe an die Ukraine. Wichtig ist, in welcher Form unsere knappen Mittel am wirkungsvollsten eingesetzt werden. Die DEZA hat uns in der Finanzkommission klargemacht, dass die Winterhilfe dringend ist, wie das jetzt oft betont wurde, dass sie also schon in diesem Jahr greifen muss und wichtig ist.

Das zweite Thema, den Wiederaufbau in der Ukraine, sehen die DEZA und wir etwas kritischer. Leider tobt der Krieg immer noch. Wenn wir jetzt Gelder für den Wiederaufbau 2023 einsetzen, wissen wir nicht, ob der Wiederaufbau nächstes Jahr überhaupt beginnen kann. Wir sind überzeugt, dass ein Wiederaufbau dieses geschundenen Landes international in Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft durchgeführt werden muss.

Wir lehnen deshalb die Anträge der Minderheit Friedl Claudia zum Budget 2023 bezüglich Erhöhungen von insgesamt 90 Millionen Franken ab. Wie gesagt, unterstützt die Mitte aber die Nachmeldung des Bundesrates zum Nachtrag II für das Jahr 2022, welche 100 Millionen Franken Soforthilfe für diesen Winter für die Ukraine beantragt. Eine Verdoppelung, wie dies die Minderheit Friedl Claudia verlangt, lehnen wir allerdings ab. Weitere Aufstockungen im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit würden zu einem Stop-and-go führen. Das ist nicht erwünscht, das wurde auch vom EDA klar gesagt.

Deshalb lehnen wir die Aufstockungsanträge ab. Alle weiteren Kürzungsanträge lehnen wir ebenfalls ab.

Nun komme ich zu diesen Einzelanträgen. Ich muss hier jetzt meinem Unmut schon ein bisschen Luft machen. Ich weiss, und das habe ich auch schon gesagt, die Arbeit der Finanzkommission wird hier in diesem



Parlament oft gering geschätzt. Aber die Finanzkommission arbeitet über einen Monat an diesem Prozess der Budgetberatung und der Finanzplanung. In Subkommissionen und im Plenum diskutieren wir mit der Verwaltung und mit den Fachleuten und versuchen dann, hier mit Anträgen ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Und nun werden uns gestern Abend Einzelanträge in Milliardenhöhe auf den Tisch gelegt. Früher wollte man etwa noch im Zusammenhang mit dem Wolf plötzlich 2 bis 3 Millionen, aber jetzt will man plötzlich einfach schnell 2,3 Milliarden Franken einsparen.

Lesen Sie die Begründung und wo gespart werden soll, und dann müssen Sie mal eine kurze "Milchbüechli-Rechnung" machen. Die Ausgaben betragen etwa 80 Milliarden Franken, davon ist der grosse Teil gebunden. Es bleiben in etwa 30 Milliarden. Die Armee und die Landwirtschaft sollen geschont bleiben, was mir persönlich natürlich sympathisch ist, aber es ist eben nicht konsequent. Dann bleiben noch etwa 20 Milliarden, und von diesen 20 Milliarden wollen Sie dann nächstes Jahr 2,3 Milliarden einsparen – wie, das ist mir rätselhaft. Also, das ist keine seriöse Finanzpolitik, und es ist auch nicht anständig gegenüber der Verwaltung und dem Sekretariat. Die Mitglieder der Finanzkommission haben letzte Nacht um 22.30 Uhr eine E-Mail des Sekretärs bekommen, vielen Dank, Florent Strobel. Man hat hier auf die Schnelle ein Riesen-theater losgelassen. Das geht eigentlich nicht und ist eines Parlamentes unwürdig. Ich bitte Sie, alle diese Einzelanträge abzulehnen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Vor der Beratung dieser "Detailanträge" erlaube ich mir eine grundsätzliche Bemerkung: Für diese Beratung gelten die geschriebenen und die ungeschriebenen Gesetze. Das geschriebene Gesetz ist sozusagen die Schuldenbremse. Um diese kommen wir einfach nicht herum. Egal, in welche Richtung Sie Anträge stellen, am Schluss zählt diese Schuldenbremse. Das ist das geschriebene Gesetz. Das ungeschriebene Gesetz ist der Volksmund, der sagt: Wer A sagt, muss auch B sagen. Das fehlt mir hier ein bisschen. Wenn Sie Erhöhungen beantragen, dann bitte sagen Sie doch, wo wir dann gleichzeitig kürzen müssen, damit wir die Schuldenbremse einhalten. Sonst ist es nur ein Teil. Und wenn Sie Kürzungen beantragen, dann sagen Sie bitte auch wo. Das würde dann auch dazugehören. Das fehlt mir ein bisschen in Ihrer Argumentation.

Nun komme ich zum ersten Block und zum EDA: Hierzu möchte ich sagen, dass es generell, auch in der Entwicklungszusammenarbeit, eine verlässliche Planung braucht, und zwar auch für die Empfänger dieser Mittel. Eine Stop-and-go-Politik dient diesen Entwicklungsländern eben nicht. Aus diesem Grund werden die Mittel für die internationale Zusammenarbeit ja mit einer Botschaft für einen Zeitraum von vier Jahren beantragt. Das gibt dann etwas die Richtung vor, in die wir uns bewegen. Die Mittel dieser vierjährigen Strategie werden ja nicht vollumfänglich bereits verplant; das heisst, es sind immer Reserven vorhanden, um auf neue Herausforderungen dann auch entsprechend reagieren zu können. Die im Voranschlag 2023 eingestellten Mittel entsprechen genau dem von Ihnen bewilligten vierjährigen Kredit, und eben, wie gesagt, darin ist noch Luft, und es gibt Möglichkeiten zur Verschiebung. Das war ja auch das Ziel, um auf aktuelle Ereignisse reagieren zu können. Das ist bei diesen Anträgen zu berücksichtigen.

Ich möchte noch auf eine Bemerkung eingehen, die ebenfalls gemacht wurde: Sie haben gesagt, die Verwaltung betreibe ein "Gärtli-Denken" und die Verwaltung blähe das Budget auf. Da bitte ich Sie dann doch, einmal zu schauen, wie viele Vorstösse Sie gegen den Willen des Bundesrates annehmen. Also, Sie pflegen das Gärtchen, und wir müssen es nachher begiessen. Da bitte ich Sie dann doch auch, beim einen oder anderen Mal etwas zurückhaltender zu sein mit dem Übertragen neuer Aufgaben. Es kommt einfach auf Sie zurück.

Jetzt zu den Anträgen im Einzelnen: Wir haben den Minderheitsantrag Badertscher vorliegen, wonach die Erhöhung bei den humanitären Aktionen für den Bereich der Ernährungssicherheit einzusetzen ist. Hier ist einfach darauf hinzuweisen, dass die DEZA die Möglichkeit hat, Verschiebungen zwischen diesen Krediten vorzunehmen. Es sind deshalb im Moment keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen. Innerhalb dieser Budgetposition gibt es also Verschiebungsmöglichkeiten. Vielleicht ist generell zu berücksichtigen: Wir wissen noch nicht, wie dieser Krieg, mit dem sich viele der Anträge befassen, weitergeht, wie lange es noch geht. Es ist durchaus möglich, dass der Bund oder Sie auf aktuelle Ereignisse noch einmal reagieren müssen und dass damit Nachtragskredite, wie auch immer, kommen werden. Im Moment sind wir der Meinung, dass das genügt, was eingestellt ist, um reagieren zu können. Wenn ausserordentliche Ereignisse eintreten, dann ist wieder darauf Rücksicht zu nehmen, aber wir können das nicht voraussehen.

AB 2022 N 1980 / BO 2022 N 1980

Dann komme ich zum Minderheitsantrag Friedl Claudia für Aufstockungen im Bereich der internationalen Klimafinanzierung. Hierzu ist festzuhalten, dass mit dem Beitrag von 450 bis 600 Millionen Franken, dem sogenannten fairen Beitrag, die Möglichkeiten gegeben sind, um das vonseiten des Bundes entsprechend zu



unterstützen. In diesem Zusammenhang sind im Budget 2023 Positionen vorgesehen, die den oberen Teil, nämlich diese 600 Millionen Franken, erreichen werden. Damit ist eine weitere Erhöhung im Moment aus unserer Sicht nicht notwendig. Auch diese Ausgabe hier ist halt im Verhältnis zu anderen Bundesaussgaben zu sehen, und wenn Sie hier aufstocken wollen, dann müssen Sie mir sagen, wo Sie dann diesen Betrag entsprechend einsparen wollen.

Ich komme damit zur Position "Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens". Hier gibt es wieder eine Minderheit Friedl Claudia, die aufstocken möchte, und umgekehrt die Minderheit Guggisberg. Das Parlament hat ja jetzt über die Nachtragskredite 110 Millionen Franken für dieses Winterprogramm gesprochen. Damit, meinen wir, haben wir im Moment die Mittel zur Verfügung, die eingesetzt werden können. Sollte eine weitere Entwicklung oder ein weiterer Antrag notwendig werden, ist das im Laufe dieses Winters zu beachten. In Anbetracht der entsprechenden Entwicklungen – solche Beiträge sind ja auch international etwas einzuordnen und abzustimmen – kann aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass mit den gesprochenen Mitteln die notwendige Unterstützung erfolgen kann, was nicht ausschliesst, dass wir im Laufe des nächsten Jahres dann darauf zurückkommen müssen. Aus unserer Sicht sind hier weder eine Aufstockung noch eine Kürzung notwendig, sondern hier braucht es Augenmass und die Möglichkeit, entsprechend reagieren zu können.

Es gibt einen Minderheitsantrag Grin, den Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten um 9,7 Millionen Franken zu kürzen. Sie haben die Rahmenkredite für den Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten freigegeben. Das wird den betreffenden Ländern mitgeteilt, und der Betrag wird dort verplant. Die Schweiz würde nicht gerade gut aussehen, wenn sie im Laufe des Spiels die Regeln ändern und diesen Betrag wieder kürzen würde. Es ist auch nicht ein Betrag, der das Budget retten würde. Wir sollten auch hier die Stabilität und Sicherheit belegen.

Dann gibt es einen Minderheitsantrag Badertscher zur Nationalen Menschenrechtsinstitution. Dieses neu geschaffene Institut wird das befristete Kompetenzzentrum ablösen. Es ist jedoch noch nicht konstituiert, und der Betrieb hat noch nicht begonnen. Die operativen Prozesse und Aufgaben sind ebenfalls noch nicht festgelegt. Sie möchten hier also einen Kredit für etwas erhöhen, was noch gar nicht besteht und funktioniert. Wenn es dann einmal funktioniert, werden wir rechtzeitig die notwendigen Anträge stellen. Im Moment bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag ebenfalls abzulehnen.

Damit kommen wir zur Entwicklungszusammenarbeit. Hier haben wir einen Minderheitsantrag Guggisberg. Mit diesem Kürzungsantrag würden wir die Mittel sehr stark zurückfahren. Wir sind der Meinung, dass die Schweiz diesen Beitrag an die internationale Zusammenarbeit zu leisten hat. Wir bewegen uns mit diesem ja nicht in der Spitze, sondern liegen etwa im Durchschnitt der Länder. Es ist angezeigt, dass wir die Entwicklungszusammenarbeit so weiterführen.

Auch beim Staatssekretariat für Wirtschaft haben wir bei der Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" einen Minderheitsantrag Friedl Claudia. Er verlangt eine Aufstockung um 24 Millionen Franken. Hier haben wir ja, wie gesagt, die Winterhilfe beschlossen. Wir sind daher der Meinung, dass eine Aufstockung im jetzigen Moment nicht notwendig ist. Es braucht ja immer auch eine Planung, um die Mittel einzusetzen. Das muss abgesprochen werden. Wir würden es vorziehen, einmal mit den bereits gesprochenen Mitteln zu fahren. Wie gesagt, wenn sich die Lage weiter entwickelt, kann man darauf zurückkommen. Aber im Moment die Mittel einfach aufzustocken, macht wohl keinen Sinn. Wir Schweizer rühmen uns in dieser Hinsicht ja immer: Wir sagen, wir würden Mittel sprechen, die dann auch klar und zielgerichtet eingesetzt werden können. Wenn es notwendig wird, sollen Sie dann noch einmal die Möglichkeit haben, das aufzunehmen.

Dann gibt es die Minderheit Fischer Benjamin, die bei der Position "Integrationsmassnahmen Ausländer" eine Kürzung um 81 Millionen Franken beantragt. Wir haben für die schutzsuchenden Personen das Programm Status S, diese 3000 Franken zur Integration, vorgesehen. Sie können diesen Betrag schon kürzen. Aber die Leute sind hier. Wenn der Bund das nicht übernimmt, machen es die Kantone. Die Aufgabenteilung, die wir mit den Kantonen gefunden haben, hat aber eigentlich zu dieser Lösung geführt. Sie würden einfach die Kredite verschieben. Auch mit Blick auf die Zusammenarbeit mit den Kantonen sollten wir hier eine vernünftige Lösung finden.

Herr Schwander hat gesagt, wir hätten das völlig falsch beurteilt. Wenn Sie das nächste Mal etwas besser wissen, kommen Sie doch rechtzeitig! Wir wissen im Moment nicht, wie viele Schutzsuchende im nächsten Jahr kommen und wie viele zurückgehen werden. Es ist halt nun einfach mal eine Situation, die laufend beurteilt werden muss und sich aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine und in diesem Krieg ergibt.

Es liegt weiter noch einmal ein Minderheitsantrag für eine Aufstockung im SECO vor, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft. Das ist wieder die Minderheit Friedl Claudia. Wir haben es schon mehrmals ausgeführt: Wir haben jetzt diese Winterhilfe als Sofortmassnahme beschlossen. Das Geld wird entsprechend



eingesetzt. Wir werden das dann im Lichte der Entwicklung weiter beurteilen können. Wir sollten auch noch reagieren können. Bei dieser Position gibt es ja auch den Antrag der Minderheit Guggisberg, die diesen Betrag auf 75 Millionen Franken begrenzen will. Der Antrag des Bundesrates entspricht einem Kompromiss zwischen Erhöhung und Kürzung. Ich bitte Sie, weder der Erhöhung noch der Kürzung zuzustimmen.

Dann gibt es noch den Einzelantrag Pasquier-Eichenberger zu den Umweltkrediten. Auch hier bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Wir werden, wie das auch schon gesagt wurde, im Budget 2023 den Maximalbetrag von 600 Millionen Franken, den wir vorgesehen haben, erreichen. Zusammen mit den Massnahmen des Privatsektors wird dieser Wert sogar überschritten. Die Schweiz steht im Bereich der Klimafinanzierung nicht schlecht da, weil wir eine starke Privatwirtschaft haben, die sich hier ebenfalls engagiert. Mit den 600 Millionen Franken im Budget wird der vorgesehene Maximalbetrag 2023 erreicht.

Ich komme zum Einzelantrag der SVP-Fraktion, die Beiträge an die Kantone im Zusammenhang mit Status S anders zu verbuchen: Wenn Sie die 1,7 Milliarden Franken nicht ausserordentlich verbuchen, müssen Sie mir sagen, wo wir 1,7 Milliarden Franken einsparen. Wir könnten noch etwa 8 Prozent sparen, wenn wir nicht bei der Armee und bei der Landwirtschaft ansetzen. Sie müssten mir sagen, wie man in einem Jahr ein Budget um 8 Prozent herunterfährt. Es ist nicht möglich, weil wir etwas weniger flexibel sind als die Privatwirtschaft – denken Sie an die Arbeitsverträge und die neuen Aufgaben, die Sie uns erteilt haben.

Ich bitte Sie, den Einzelantrag abzulehnen. Wie gesagt wurde, war die Krise nicht voraussehbar. Die Schuldenbremse sieht genau vor, dass ausserordentliche Ausgaben getätigt werden können, um auf ausserordentliche Situationen zu reagieren. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie den Krieg vorausgesehen haben, sonst hätten wir das ordentlich verbuchen müssen. Also ist es eine ausserordentliche Ausgabe.

Zusammengefasst bitte ich Sie, bei Block 1 grundsätzlich überall dem Bundesrat zu folgen und Erhöhungen und Kürzungen abzulehnen. Noch einmal: Im Bundesrat, in der Verwaltung und in den Kommissionen wurden Diskussionen geführt. Was wir Ihnen vorschlagen, ist das Konzentrat eines Kompromisses, um auf möglichst alle Bereiche Rücksicht zu nehmen. Die Entwürfe des Bundesrates sind nicht so ungeschickt, sondern sie liegen irgendwo in der politischen Mitte.

Friedl Claudia (S, SG): Herr Bundesrat, ich habe eine Frage. Sie haben gesagt, dass Sie bei diesen internationalen Engagements kein Stop-and-go wollen. Das will niemand, denn wir

AB 2022 N 1981 / BO 2022 N 1981

wissen, dass das nicht gut ist. Aber wenn wir jetzt schauen, dann sehen wir, dass der Green Climate Fund ein latent unterdotierter Fonds ist. Da wäre man froh um jeden Franken, jeden Dollar, der zusätzlich eingezahlt wird. Bei der Ukraine-Winterhilfe wissen wir, dass die 100 Millionen schnell verbraucht sind, wenn die ganzen Installationen gemacht werden. Warum sind diese zwei Teile dem Stop-and-go unterworfen? Was meinen Sie?

Maurer Ueli, Bundesrat: Frau Friedl, wir haben ja die Schuldenbremse. Wenn Sie das Geld jetzt ausgeben, dann müssen Sie das an anderen Orten wieder einsparen. Die gleiche Frage wird auch nächstes Jahr wieder kommen. Ich glaube einfach, dass wir den Ausgleich zwischen all diesen Positionen brauchen.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Pour ces propositions de minorité, ma collègue Anna Giacometti et moi allons, pour nouer la gerbe, nous partager le travail. Pour les huit premières propositions de minorité et une proposition individuelle, voici les considérations et propositions de la Commission des finances.

La minorité Badertscher demande, à la position 202.A231.0332 "Actions humanitaires", d'augmenter de 50 millions de francs en 2023 le crédit destiné à des mesures dans le domaine de la sécurité alimentaire étant donné la famine dans la Corne de l'Afrique. Comme l'a dit le conseiller fédéral Maurer, dans ce crédit pour les actions humanitaires, des transferts sont possibles et il faut accorder des priorités.

C'est pour ces raisons que la commission vous propose, par 14 voix contre 11, de rejeter la proposition de la minorité.

La minorité Friedl demande, à la position 202.A231.0330 "Contributions à des organisations multilatérales", d'augmenter de 50 millions de francs le crédit. Les moyens supplémentaires seraient versés au fonds pour le climat. La minorité Wettstein demande d'augmenter de 50 millions de francs le même crédit pour les années 2024, 2025 et 2026.

Ces deux propositions ont été rejetées par la commission. Elle a pris sa décision par 14 voix contre 11.

Une proposition Pasquier-Eichenberger à la position 202.A231.0330 "Contributions à des organisations multilatérales" a pour but l'augmentation de 316 730 884 francs du crédit prévu. Cette proposition n'a pas été discutée en commission, donc je ne peux pas vous donner de considérations.

La minorité Friedl Claudia portant sur la coopération au développement avec les pays de l'Est concerne la



reconstruction en Ukraine. Cette minorité nous demande d'augmenter ce poste de 60 millions de francs. La Commission des finances vous invite, par 14 voix contre 11, à rejeter sa proposition.

Ma proposition, défendue par M. Nicolet, concerne les contributions versées à certains Etats membres de l'Union européenne. Je vous demande de diminuer de 9,7 millions de francs ce montant, c'est-à-dire de mettre le même montant qu'au budget 2022. Cette proposition a été rejetée par 18 voix contre 7.

La minorité Badertscher concernant l'Institution nationale des droits de l'homme vous demande d'augmenter ce poste de 6 millions de francs répartis sur les années 2024–2026. Cette proposition a été rejetée par 13 voix contre 12.

La minorité Guggisberg concernant la coopération au développement porte sur les années 2024–2026. Cette minorité vous propose de diminuer les contributions de 80 millions de francs pour 2024, de 98 millions de francs pour 2025 et 117 millions de francs pour 2026, ce qui revient à bloquer le montant inscrit à ce poste à 800 millions de francs par année. Cette proposition a été rejetée par la commission par 18 voix contre 7.

Une autre minorité Guggisberg concerne les contributions aux organisations multilatérales. Pour les années 2024–2026, la minorité Guggisberg propose une diminution pour 2024 de 50 millions de francs, pour 2025 de 53 millions de francs et pour 2026 de 62 millions de francs, ce qui revient à bloquer le montant pour ces trois années à 300 millions de francs. Cette proposition a également été refusée par la commission par 18 voix contre 7.

Je passe la parole à ma collègue pour les minorités suivantes.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Ich mache nun mit den restlichen Anträgen in Block 1 zum Thema Beziehungen zum Ausland und Migration weiter.

Beim Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2024–2026 gibt es bezüglich EDA einen Antrag der Minderheit II (Wettstein). Dabei geht es um die Beiträge an multilaterale Organisationen. Die Minderheit II will diese Beiträge um zusätzliche 50 Millionen Franken pro Jahr zugunsten des Green Climate Fund erhöhen. Die Finanzkommission hat den entsprechenden Antrag mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Minderheit Guggisberg möchte im Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2024–2026 den Betrag für die Position "Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" plafonieren und auf 140 Millionen Franken pro Jahr reduzieren. Der entsprechende Antrag wurde in der Finanzkommission mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Im Nachtrag II zum Voranschlag 2022 will die Minderheit Friedl Claudia den Betrag für die Winterhilfeaktion zugunsten der Ukraine auf 200 Millionen Franken verdoppeln. Der Bundesrat beantragt mit dem Nachtrag II zum Voranschlag 2022 insgesamt 100 Millionen Franken. Davon sind 76 Millionen Franken für den EDA-Kredit "Humanitäre Aktionen" und 24 Millionen für den WBF-Kredit "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit" vorgesehen. Von diesen 100 Millionen Franken kompensieren EDA und WBF zusammen 23,5 Millionen Franken.

In der Finanzkommission wurde über jede Position separat abgestimmt. Der Antrag Friedl Claudia auf eine Erhöhung des Betrages für humanitäre Aktionen wurde mit 13 zu 11 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Friedl Claudia für eine Erhöhung des Betrages zur Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" beim SECO wurde mit 14 zu 11 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Im Rat werden wir über die beantragte Erhöhung um 100 Millionen Franken auf 200 Millionen Franken abstimmen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Friedl Claudia abzulehnen.

Wir kommen nun zum Staatssekretariat für Migration (SEM). Hier liegt ein Minderheitsantrag Fischer Benjamin vor; dieser fordert, den Betrag für Integrationsmassnahmen für Ausländer um 81 Millionen auf 500 Millionen Franken für das Jahr 2023 zu kürzen. Da die Kantone einen gesetzlichen Anspruch auf die Pauschalen haben, hat die Finanzkommission den Antrag Fischer Benjamin mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beim Nachtrag II zum Voranschlag 2022 beantragt die Minderheit Fischer Benjamin beim SEM, den Betrag für die Integrationsmassnahmen für Ausländer um 69 Millionen Franken auf 86 Millionen Franken zu kürzen. Es geht dabei um die Integrationsbeiträge von 3000 Franken pro Person bei den Gesuchen mit Status S. Die Finanzkommission hat diesen Antrag mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Wir bleiben beim SEM: Mit einer ersten Nachmeldung beantragte der Bundesrat am 30. September 2022 eine Reduktion von 63 Millionen für die internationale Zusammenarbeit im Migrationsbereich. Aufgrund der Verzögerungen bei den Verhandlungen mit der EU werden für die Schweiz im Jahr 2023 noch keine Zahlungen an die EU für den Fonds für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa fällig. Deshalb können die budgetierten 63 Millionen Franken gekürzt werden.

Beim SECO, dem Staatssekretariat für Wirtschaft, liegen zwei Minderheitsanträge vor.

Die Minderheit Friedl Claudia will für das Jahr 2023 den Betrag bei der Position "Wirtschaftliche Entwick-



lungszusammenarbeit Länder des Ostens" um 30 Millionen Franken erhöhen. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Wir haben in Block 1 einen letzten Antrag. Die Minderheit Guggisberg will den Betrag bei der Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens" im Finanzplan 2024–2026 auf 75 Millionen Franken pro Jahr plafonieren. Die Finanzkommission hat diesen Antrag mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

AB 2022 N 1982 / BO 2022 N 1982

Gestern sind noch Einzelanträge eingegangen. Der Einzelantrag der SVP-Fraktion will beim SEM im Voranschlag 2023 den Betrag von 1,7 Milliarden Franken an die Kantone im Zusammenhang mit der Ukraine ordentlich anstatt ausserordentlich verbuchen. Der Einzelantrag Pasquier-Eichenberger will im Voranschlag 2023 beim Bundesamt für Umwelt den Betrag für multilaterale Umweltfonds um 233,269 Millionen Franken erhöhen. Diese Einzelanträge konnten in der Finanzkommission nicht behandelt werden. Aus diesem Grund kann ich keine Empfehlungen abgeben.

Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der Finanzkommission, alle Minderheitsanträge abzulehnen und hier immer der Mehrheit zu folgen.

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Sofern nichts anderes vermerkt ist:

- **beantragt die Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates;**
- **stimmt der Rat den Anträgen der Kommission zu.**

Sauf indication contraire:

- **la commission propose d'adhérer au projet du Conseil fédéral;**
- **le conseil adhère aux propositions de la commission.**

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

A231.0332 Humanitäre Aktionen

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens

A231.0337 Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

Z0065.00/A231.0441 Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) 2023–2026

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0332 Humanitäre Aktionen

Fr. 463 450 900



Antrag der Minderheit

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Fr. 396 354 800

Antrag der Minderheit

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens

Fr. 207 593 300

Antrag der Minderheit

(Grin, Egger Mike, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0337 Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

Fr. 3 800 000

Antrag der Minderheit

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Z0065.00/A231.0441 Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) 2023–2026

Fr. 10 000 000

Proposition de la majorité

A231.0332 Actions humanitaires

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est

A231.0337 Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres UE

Z0065.00/A231.0441 Institution nationale des droits de l'homme (INDH) 2023–2026

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0332 Actions humanitaires

Fr. 463 450 900

Proposition de la minorité

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Fr. 396 354 800

Proposition de la minorité

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est

Fr. 207 593 300

Proposition de la minorité

(Grin, Egger Mike, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0337 Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres UE

Fr. 3 800 000



Proposition de la minorité

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Z0065.00/A231.0441 Institution nationale des droits de l'homme (INDH) 2023–2026

Fr. 10 000 000

Pos. 202.A231.0332

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen über den Antrag der Minderheit Badertscher ab. Die Abstimmung gilt auch für den Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25718)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Pos. 202.A231.0330

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für den Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

AB 2022 N 1983 / BO 2022 N 1983

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25719)

Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(0 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2023

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2023

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag Pasquier-Eichenberger

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Fr. 663 085 684

Proposition Pasquier-Eichenberger

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Fr. 663 085 684

Développement par écrit

Actuellement, la Suisse contribue au financement international du climat à hauteur d'environ 450 millions de francs. Ce montant est insuffisant. Comme l'indique le Conseil fédéral dans le Message relatif à un crédit d'engagement pour l'environnement mondial 2023–2026, la demande de soutien dépasse les moyens disponibles dans les fonds internationaux. C'est pourquoi je dépose au nom du groupe des Verts deux propositions individuelles pour doubler cette contribution afin d'atteindre un milliard, réparti entre quatre fonds: le Green



Climate Fund, GCF du DFAE, et les Least Developed Countries Fund (LDCF), Special Climate Change Fund (SCCF) et Global Environment Facility (GEF) liés au DETEC. Notre pays est l'un des plus riches et des plus développés, ce qui engendre une consommation de ressources bien plus importante que celle que le permet notre territoire. Les biens et services que nous consommons sont en très grande partie importés, ainsi nous délocalisons une grande partie des coûts externes liés à leur production. C'est particulièrement vrai pour les gaz à effet de serre: deux tiers des CO₂ sont produits hors de nos frontières. Ce qui est trop souvent oublié dans nos engagements climatiques. Lors de la Conférence des Nations Unies sur le climat qui s'est tenue à Cancún en 2010, les pays industrialisés ont convenu de soutenir collectivement des mesures de protection du climat mises en oeuvre dans des pays en développement en versant annuellement à partir de 2020 un montant global de 100 milliards de dollars provenant de sources de financement publiques, privées et autres. Cette intention a été confirmée en 2015, lors de la Conférence de Paris sur le climat, puis la semaine passée en Egypte. Les pays industrialisés sont donc appelés à définir eux-mêmes leur contribution équitable au financement international dans le domaine du climat. Pour qu'il soit juste et équitable, nous demandons aujourd'hui d'augmenter les montants proposés pour ces quatre fonds.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für den Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25720)

Für den Antrag Pasquier-Eichenberger ... 69 Stimmen

Dagegen ... 123 Stimmen

(1 Enthaltung)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

202 Département fédéral des affaires étrangères

Pos. 202.A231.0336

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für den Bundesbeschluss Ib Artikel 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25721)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(1 Enthaltung)

Pos. 202.A231.0337

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25722)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Pos. 202.Z0065.00/A231.0441

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für den Bundesbeschluss Ia Artikel 5 und für den Bundesbeschluss II Artikel 2 Buchstabe c.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25723)

Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 88 Stimmen

(1 Enthaltung)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2024–2026

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2024–2026

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Art. 2 Bst. a

Antrag der Mehrheit

a. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

a. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

2024: Fr. 800 000 000

2025: Fr. 800 000 000

2026: Fr. 800 000 000

Art. 2 let. a

Proposition de la majorité

a. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2022 N 1984 / BO 2022 N 1984

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

a. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)

2024: Fr. 800 000 000

2025: Fr. 800 000 000

2026: Fr. 800 000 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25731)

Für den Antrag der Mehrheit ... 138 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit

b. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit I

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

b. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

2024: Fr. 300 000 000

2025: Fr. 300 000 000

2026: Fr. 300 000 000

Antrag der Minderheit II

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)

b. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

2024: Fr. 400 718 800

2025: Fr. 403 688 800

2026: Fr. 412 638 800

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 50 000 000 Franken sind zugunsten des Green Climate Fund (GCF) einzusetzen.

Art. 2 let. b

Proposition de la majorité

b. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

b. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

2024: Fr. 300 000 000

2025: Fr. 300 000 000

2026: Fr. 300 000 000

Proposition de la minorité II

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)

b. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

2024: Fr. 400 718 800

2025: Fr. 403 688 800

2026: Fr. 412 638 800

Les moyens supplémentaires de 50 000 000 francs sont destinés au Green Climate Fund (GCF).

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25732)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 54 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25733)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 85 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Art. 2 Bst. c

Antrag der Mehrheit

c. 202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
A231.0441 Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)
c. 202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
A231.0441 Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI)
2024: Fr. 2 000 000
2025: Fr. 3 000 000
2026: Fr. 4 000 000

Art. 2 let. c

Proposition de la majorité

c. 202 Département fédéral des affaires étrangères
A231.0441 Institution nationale des droits de l'homme (INDH)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)
c. 202 Département fédéral des affaires étrangères
A231.0441 Institution nationale des droits de l'homme (INDH)
2024: Fr. 2 000 000
2025: Fr. 3 000 000
2026: Fr. 4 000 000

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Entscheid wurde bereits bei der Position 202.Z0065.00/A231.0441 gefällt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2 Bst. d

Antrag der Mehrheit

Bst. d

d. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)
d. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens
2024: Fr. 140 000 000
2025: Fr. 140 000 000
2026: Fr. 140 000 000

Art. 2 let. d

Proposition de la majorité

d. Département fédéral des affaires étrangères



A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est
Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2022 N 1985 / BO 2022 N 1985

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schwander, Strupler, Tuena)

d. Département fédéral des affaires étrangères

A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est

2024: Fr. 140 000 000

2025: Fr. 140 000 000

2026: Fr. 140 000 000

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25734)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(1 Enthaltung)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu